

# Stoppt den Krieg in Nahost Frieden jetzt!

## Redaktionelle Vorbemerkung

Am 7. Oktober 2023 wurde durch den grausamen Überfall der Hamas ein neuerlicher mörderischer Krieg im Nahen Osten begonnen. Opfer dieses Krieges sind überwiegend Zivilist:innen, darunter viele Kinder. Hinter diesem Krieg steht der Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser:innen.

Wir nehmen diesen Krieg zum Anlass, zwei Texte zum Nahost-Konflikt zu veröffentlichen. Die Erklärung des Leitungsorgans der Internationalen Sozialistischen Organisation/IV. Internationale vom Mai 2023 und einen Text von Helmut Dahmer aus dem Jahre 2009.

U. D., 30. Oktober 2023.

## Wider die deutsche Staatsräson

KOORDINATION DER ISO (MAI 2023)

**Als Internationalist:innen stehen wir grundsätzlich auf der Seite der Unterdrückten, sei es in der Ukraine, im Sudan oder in Myanmar.**

**I**m Falle Palästinas ist die internationalistische Solidaritätsbewegung mit einer besonderen Schwierigkeit konfrontiert: Es gehört zur hiesigen Staatsräson, den Staat Israel nicht nur in allen Konflikten mit seinen Nachbarn oder anderen Staaten zu unterstützen, sondern auch jede grundsätzliche Kritik an der Verfasstheit des israelischen Staates und seiner Politik zu verhindern. Dazu dient vor allem die Diffamierung und Kriminalisierung der Kritiker:innen als Antisemiten, was in aller Regel in keiner Weise sachlich belegt wird. Nach Auffassung der Regierenden und der sie unterstützenden Mainstreammedien reicht es, den Staat Israel mit dem Judentum gleichzusetzen, sodass jegliche Kritik an der Politik des Staates Israel per se antisemitisch ist.

Nicht nur widerspricht dies den tatsächlichen Verhältnissen, es führt in der Konsequenz auch dazu, dass Regierung und Medien hierzulande jede israelische Regierung unterstützen und sei sie noch so rechtsextrem und rassistisch, und zwar auch gegen die Kritik seitens jüdischer Menschenrechtsorganisationen in Israel oder anderswo.

Um die strukturelle Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung in der Rechtsauffassung des israelischen Staates zu verdeutlichen (eine Verfassung in unserem Sinn gibt es in Israel nicht), sei Shlomo Sand, einer der profiliertesten jüdischen Wissenschaftler:innen in Israel, zitiert, der in einem offenen Brief an Macron schreibt:

„Das israelische Innenministerium zählt 75 % der Bevölkerung des Landes als jüdisch, 21 % als arabische Muslime und Christen und 4 % als „andere“ [sic!]. Und doch gehört Israel nach dem Geist seiner Gesetze nicht den Israelis insgesamt, wo es doch sogar all den Juden weltweit gehört, die keine Absicht haben, dort zu leben. Damit gehört Israel beispielsweise sehr viel mehr Bernard Henri-Lévy oder Alain Finkielkraut [zwei bekannte Juden in Frankreich] als meinen palästinensisch-israelischen hebräisch-sprechenden Studenten, die die Sprache manchmal besser sprechen als ich! Israel hofft, dass der Tag kommen werde, an dem alle Mitglieder des CRIF [Conseil représentatif des institutions juives de France, Vertreterat der jüdischen Institutionen in Frankreich] und ihre ‚Anhänger‘ nach Israel auswandern! Ich kenne sogar ein paar französische Antisemiten, die angesichts einer solchen Aussicht hochofrend sind. Auf der anderen Seite könnten wir zwei israelische Minister, Vertraute von Netanyahu, finden, die die Meinung verbreiten, dass es nötig sei, den ‚Transfer‘ israelischer Araber zu ermutigen, ohne dass das bedeutet, dass irgendjemand ihren Rücktritt fordert.

[...] Ich bin ein Bürger, der wünscht, dass der Staat, in dem er wohnt, eine israelische Republik sein sollte, und kein Staat einer jüdischen Gemeinschaft. Als Nachkomme von Juden, die so sehr unter Diskriminierung litten, möchte ich nicht in einem Staat leben, der mich nach seiner eigenen Selbst-Definition zu

einer privilegierten Klasse von Bürgern macht. Herr Präsident, glauben Sie, dass mich das zu einem Antisemiten macht?“<sup>1</sup>

## **Nakba und Politik der ethnischen Säuberung**

Nicht nur sind die Palästinenser:innen heute Menschen zweiter Klasse (wenn sie in „Altisrael“, dem „1948er Gebiet“, leben) und dritter Klasse (wenn sie in der Westbank oder im Gazastreifen oder als Flüchtlinge in den Nachbarländern leben). Von vornherein war das Kolonisierungsprojekt auf die Vertreibung der ansässigen Bevölkerung ausgerichtet. Schon 1938 schrieb Staatsgründer Ben Gurion: „Wenn wir sagen, dass die Araber uns angreifen und wir uns verteidigen – so ist dies nur die halbe Wahrheit. Was unsere Sicherheit und unser Leben angeht, verteidigen wir uns. Aber das Kämpfen ist nur ein Aspekt des Konflikts, der seinem Wesen nach ein politischer ist. Und politisch gesehen sind wir die Aggressoren und sie verteidigen sich.“

## **>>Staatsgründer Ben Gurion: „politisch gesehen sind wir die Aggressoren und sie verteidigen sich.“<<**

Dass dies (10 Jahre vor der Staatsgründung) keine leeren Worte waren, zeigte sich mit der Katastrophe der Nakba (das erste Massaker war allerdings schon 1929 in Hebron): 1947/48 wurden 750 000 Menschen vertrieben, mehr als 400 Dörfer und Städte zerstört, 1967 wurden die Westbank und der Gazastreifen besetzt usw. Ähnlich wie die jüdischen kritischen Wissenschaftler (Shlomo Sand, Ilan Pappé, Moshe Zuckermann u. a.) kommt der israelische Menschenrechtsaktivist und langjährige Leiter des Alternativen Informationszentrums (AIC) Michael Warschawski zu dem Schluss:

„Für uns ist der Zionismus keine nationale Befreiungsbewegung, sondern eine Kolonialbewegung, und der Staat Israel ist und war immer ein kolonialer Siedlerstaat. Frieden, oder besser noch Gerechtigkeit, ist nicht zu erreichen, ohne eine vollkommene Entkolonialisierung (man könnte auch sagen ‚Entzionisierung‘) des israelischen Staates. Denn diese ist die Voraussetzung der legitimen Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser – der Flüchtlinge und derjenigen, die unter israelischer militärischer Besatzung leben oder als Bürger zweiter Klasse in Israel.“<sup>2</sup>

## **Apartheidstaat**

Zahlreiche internationale Untersuchungen belegen, was die israelischen Wissenschaftler:innen sowie die israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen darlegen: Israel ist aufgrund seiner Struktur ein Apartheidstaat. Hier sei nur auf das verwiesen, was in den letzten Jahren dazu veröffentlicht wurde:

So haben 2021 sechs renommierte Organisationen Berichte zu Apartheid in den von Israel beherrschten Gebieten vorgelegt. Diese sehen den Tatbestand der Apartheid erfüllt, entweder für Israel-Palästina insgesamt (BTselem und Amnesty International) oder bezogen auf die besetzten Gebiete (Human Rights

Watch, Yesh Din, der UN-Menschenrechtsrat und die IHRC Harvard Law School). Interessant dabei ist, dass selbst die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die bekanntlich vom bundesdeutschen Außenministerium finanziert wird und üblicherweise Vorlagen für die Begründung der deutschen Politik liefert, an den genannten Untersuchungen nicht vorbei kann.<sup>3</sup>

Es zeugt von der Unehrlichkeit der Herrschenden, dass dies allerdings keine Auswirkungen auf die Politik der Regierung hat, genauso wenig übrigens wie die unzähligen einschlägigen UN-Resolutionen. Dies geht sogar so weit, dass die Regierung Amnesty International vorwirft, unfreiwillig dem Antisemitismus Vorschub zu leisten.<sup>4</sup> Das Gegenteil ist aber richtig: Die Menschenrechtsverletzungen in Israel und den besetzten Gebieten (dort werden weiterhin unablässig Häuser von Palästinenser:innen zerstört und neue israelische Siedlungen gebaut) leisten dem Antisemitismus Vorschub.

Auch nur die minimalsten Schlussfolgerungen aus all den Untersuchungen zu ziehen, stünde offensichtlich im Widerspruch zur deutschen (und auch zur österreichischen) Staatsräson. Stattdessen wird jegliche Kritik an der israelischen Unterdrückungspolitik als antisemitisch bezeichnet, und zwar trotz der Gerichtsurteile, die diesen Behauptungen widersprechen.

## **BDS-Kampagne: eine politische Gegenwehr**

In den 1960er Jahren hatten in der palästinensischen Bevölkerung Organisationen großen Zulauf, die den bewaffneten Kampf gegen den israelischen Staat propagierten. Der Guerillakampf scheiterte allerdings genauso kläglich wie die späteren Wellen von Selbstmordattentaten oder etwa der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen. Dies hat zwei Gründe: Zum einen ist das militärische Kräfteverhältnis viel zu ungünstig für einen erfolgversprechenden militärischen Befreiungskampf (was auch mit der wirtschaftlichen Beherrschung und Kontrolle der besetzten Gebiete, der überlegenen technischen Ausstattung, dem umfangreichen Spitzelwesen des israelischen Geheimdienstes usw. zusammenhängt). Zum anderen schweift ein solcher Kampf – wenn er auf dem Gebiet des Kernlands von Israel geführt wird – die Bevölkerung nur enger hinter der Regierung zusammen (anders sah es im Libanonkrieg 1982-2000 aus, als die israelische Regierung aufgrund der dort erlittenen Verluste und des daraufhin wachsenden Widerstands der eigenen Bevölkerung den Rückzug befahl).

## **>>Angesichts der krassen Erfolglosigkeit militärischer Anstrengungen [...] bleibt nur der politische Weg<<**

Angesichts der krassen Erfolglosigkeit militärischer Anstrengungen und fehlender realer Unterstützung durch andere Staaten und angesichts fehlender wirkmächtiger Verbündeter in der jüdischen Bevölkerung bleibt nur der politische Weg, mit Hilfe der internationalen Solidaritätsbewegung wenigstens so viel Druck aufzubauen, dass Bewegung in die starren Verhält-

nisse kommt und Teile der jüdisch-israelischen Bevölkerung den Konsens der zionistischen Staatsverfasstheit infrage stellen. Die Episode der postzionistischen Debatten unter Wissenschaftler:innen zwischen 1994 und 2000 wurde durch politischen Druck und eine allgemeine Rechtsentwicklung der israelischen Gesellschaft wieder abgewürgt.<sup>5</sup>

„Das Scheitern des Oslo-Prozesses bestätigt eine sehr alte geschichtliche Wahrheit: Jeder Versuch einer Versöhnung vor der Verwirklichung von Rechten sorgt nur für ein Weiterbestehen von kolonialen Herrschaftsbeziehungen. Wenn es die Israelis nichts kostet, warum sollten sie dann die kolonialen Herrschaftsbeziehung einstellen? Warum sollten sie eine tiefgreifende interne Krise riskieren?

Genau hier setzt die BDS-Kampagne ein und ist relevant: Sie bietet einen internationalen Rahmen, in dem es möglich ist, das palästinensische Volk bei der Erlangung seiner legitimen Rechte aktiv zu unterstützen und dabei sowohl auf der institutionellen Ebene (Staaten, internationale Institutionen) wie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene zu agieren. Auf der einen Seite wendet sie sich an die internationale Gemeinschaft und fordert sie auf, einen Staat, der systematisch internationales Recht, UN-Resolutionen, die Genfer Konventionen und von ihm selber unterschriebene Vereinbarungen bricht, mit Sanktionen zu belegen. Auf der anderen Seite wendet sie sich mit dem Appell an die internationale Zivilgesellschaft, auf individueller Ebene wie auch auf der Ebene der sozialen Bewegungen (Gewerkschaften, Parteien, örtliche Gremien, Vereinigungen etc.) durch den Boykott von Waren. Repräsentanten, Institutionen usw., die für den Kolonialstaat Israel stehen, aktiv zu werden. Beides, Boykott und Sanktionen – wird für die israelische Bevölkerung schließlich einen Druck darstellen und sie zu der Einsicht bringen, dass Besatzung und Kolonialisierung einen Preis haben, dass die Verletzung internationaler Regeln früher oder später aus Israel einen Paria-Staat machen wird, der in der Gemeinschaft zivilisierter Nationen nicht willkommen ist – so wie Südafrika in den letzten Jahrzehnten der Apartheid.“<sup>6</sup>

Diese Kampagne hat keine internationale Leitung und keine festen Strukturen. Das, was die Aktiven am Ort organisieren, entscheiden sie selbst, sei es auf der Ebene der Einschränkung kultureller Kontakte oder des wissenschaftlichen Austauschs, sei es auf der Ebene politischer Kundgebungen. Nicht selten wird dabei auf Waren hingewiesen, die in den besetzten Gebieten hergestellt wurden, aber zumeist falsch deklariert sind, nämlich so, als kämen sie aus dem „1948er Gebiet“. Große Bedeutung hat der akademische und kulturelle Boykott. Wir zitieren aus dem „Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel, bis es das Völkerrecht und die universellen Prinzipien der Menschenrechte einhält“ vom 9. Juli 2005, der von mehr als 300 Organisationen in der Westbank unterstützt wurde:

„Diese gewaltlosen Strafmaßnahmen sollten beibehalten werden, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, das unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen, und den Bestimmungen des Völkerrechts vollständig nachkommt, indem es folgende Schritte unternimmt:

1. die Besatzung und Kolonisierung des gesamten arabischen Landes zu beenden und die Mauer abzureißen;
2. die Grundrechte der arabisch-palästinensischen Bürger:innen Israels auf vollständige Gleichberechtigung anerkennt; und
3. das Recht der palästinensischen Flüchtlinge respektiert, schützt und fördert, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie dies UN-Resolution 194 vorsieht.“<sup>7</sup>

**>>Die Ermordung und Unterdrückung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe kann niemals rechtfertigen, dass deren Nachkommen heute eine andere Bevölkerung unterdrücken.<<**

Dafür politischen Druck aufzubauen, auch in Deutschland, ist eine internationalistische Pflicht, die nicht deswegen erlischt, weil der deutsche Faschismus für den Holocaust verantwortlich ist. Die Ermordung und Unterdrückung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe kann niemals rechtfertigen, dass deren Nachkommen heute eine andere Bevölkerung unterdrücken. Nicht die (zumeist sehr rechtsradikalen und rassistischen) israelischen Regierungen dürfen unsere Bündnispartner sein, sondern die jüdischen Menschenrechtsorganisationen und die kritischen Wissenschaftler:innen in Israel und anderswo (etwa die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, Jewish Voice for Peace und andere). Sich dem Druck der Mainstreammedien zu beugen oder die deutsche Staatsräson als Richtschnur zu nehmen, verkennt die Interessen der Herrschenden und widerspricht jeglicher humanistischen Verpflichtung. ■

## Endnoten

<sup>1</sup> Original unter: [www.counterpunch.org/2017/08/11/why-i-cannot-be-a-zionist-an-open-letter-to-emmanuel-macron/](http://www.counterpunch.org/2017/08/11/why-i-cannot-be-a-zionist-an-open-letter-to-emmanuel-macron/).

<sup>2</sup> Michael Warschawski, „Yes to Boycott, Divestment and Sanctions. An Answer to Uri Avnery“ (31. August 2009), [www.europe-solidaire.org/spip.php?article15225](http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article15225); auf Deutsch gekürzt in *Inprekorr*, Januar/Februar 2010, [www.inprekorr.de/458-bds.htm](http://www.inprekorr.de/458-bds.htm).

<sup>3</sup> [www.swp-berlin.org/publikation/amnesty-international-und-der-apartheid-vorwurf-gegen-israel](http://www.swp-berlin.org/publikation/amnesty-international-und-der-apartheid-vorwurf-gegen-israel).

<sup>4</sup> Siehe [www.dw.com/de/deutschland-distanziert-sich-von-amnesty-bericht-zu-israel/a-60637004](http://www.dw.com/de/deutschland-distanziert-sich-von-amnesty-bericht-zu-israel/a-60637004).

<sup>5</sup> Mehr hierzu bei Ilan Pappé, *Die Idee Israel*, Mythen des Zionismus, Hamburg 2015, (Laika Theorie, Bd. 56).

<sup>6</sup> Michael Warschawski, „Yes to Boycott, Divestment and Sanctions“, a.a.O.

<sup>7</sup> „Palestinian Civil Society Call for BDS“, <https://bdsmovement.net/call>.



# Israel in Palästina\*

HELMUT DAHMER

I

Der asymmetrische Krieg der israelischen Armee gegen das Hamas-Regime im Gaza-Streifen hat im Dezember 2008 und im Januar 2009 mehr als 1.300 Opfer (mindestens ein Viertel davon Zivilisten) gekostet und die ohnehin bescheidene „Infrastruktur“ dieses großen, von Israel seit langem zernierten [von der Außenwelt abgeschnittenen] Flüchtlingslagers demoliert. Eine Verständigung zwischen Israelis und Arabern – denen in Israel, denen in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten und denen in den Nachbarstaaten Israels – scheint unwahrscheinlicher denn je. „Gewinner“ des „Krieges“ sind „Hardliner“ auf beiden Seiten, die nun das große Wort führen. Von einem „Friedensprozeß“ zwischen Palästinensern und Israelis schwafeln nur noch ratlose Politiker, die lieber jahrzehntealte Beschönigungs-Formeln wiederkauen, als sich mit dem perennierenden Konflikt auseinanderzusetzen, der in den Hamas-Attacken und der darauf folgenden israelischen Strafaktion seinen aktuellen Ausdruck gefunden hat.

Alles, was uns an diesem „Krieg“ verwundert und erschreckt, hat sich in und um Palästina schon viele Male so oder ähnlich ereignet und wird sich noch manches Mal wiederholen. Hier (wie anderswo) ermöglicht gerade diese *déjà vu*-Erfahrung ein Verständnis der Ereignisse, die ansonsten unbegriffen dem Vergessen anheimfallen. Die Wahrnehmung eines schon Bekannten im vermeintlich Neuen bringt uns auf die Spur einer Tendenz, die im schockierenden Ereignis zutage tritt und den Vorhang der Ideologien durchbricht. Von den arabischen Aufständen und Pogromen der zwanziger und dreißiger Jahre [des 20. Jahrhunderts] führt diese Spur auf der einen Seite zur Intifada und zu den Raketen-Schützen und Selbstmordattentätern von heute, auf der anderen von terroristischen Irgun-Aktionen über das Massaker von Deir Jassin zu dem von Jenin und von den Libanon-Invasionen zum Bombenkrieg gegen Gaza.

**>>Alles, was uns an diesem „Krieg“ verwundert und erschreckt, hat sich in und um Palästina schon viele Male so oder ähnlich ereignet und wird sich noch manches Mal wiederholen.<<**

Palästina ist seit hundert Jahren Schauplatz eines stets sich verschärfenden Konflikts zwischen Nationbuilder-Immigranten

und Einheimischen, die sich gegen sie und die sie protegierenden Mächte zu behaupten suchen und in diesem Abwehrkampf allmählich selbst zu einer Nation geworden sind. Der Kampf der beiden verwandten Ethnien mit größtenteils unterschiedlichem Glauben geht um ein Territorium von der Grö-

**>>Nach [...] Vertreibungen und Massakern, denen die jüdischen Minderheiten vor allem in christlichen Staaten unterworfen waren, [...] das Projekt einer jüdischen Selbstbefreiung durch Bildung eines eigenen Nationalstaats [...].<<**

ße El Salvadors (oder des deutschen Bundeslandes Hessen), um einen seit der Antike umkämpften Küstenstreifen am Mittelmeer, der die Südwestspitze des „fruchtbaren Halbmonds“ bildet. Es ist ein Kampf um Land, ein Kampf um Wasser und andere knappe Ressourcen, ein Kampf um verschiedenartige Lebensformen und Offenbarungen und um die Vorherrschaft des einen oder des anderen Bevölkerungsteils.

Nach vielen Jahrhunderten in der Diaspora, nach immer neuen Vertreibungen und Massakern, denen die jüdischen Minderheiten vor allem in christlichen Staaten unterworfen waren, entwickelten Intellektuelle wie Moses Hess, Leo Pinsker und Theodor Herzl in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts das Projekt einer jüdischen Selbstbefreiung durch Bildung eines eigenen Nationalstaats, wenn möglich im „Heiligen Land“. War die besondere jüdische Lebensform nirgendwo auf Dauer toleriert worden, sollte sie nun auf einem erst noch zu erobernden Territorium – in einem „Weltghetto“ (Herzl) – zur allgemeinen werden. Die Hoffnung auf einen modernen „Judenstaat“ beflügelte Zehntausende von Emigranten, die seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts vor allem vor den Pogromen im zaristischen Rußland nach Palästina flohen und weder auf eine künftige „Assimilation“ noch auf eine nachkapitalistische, tolerantere Gesellschaft warten wollten.

II

Palästina, das „Gelobte Land“, war freilich nicht menschenleer, sondern besiedelt, und die verspäteten Nationgründer mußten sich das Territorium für einen künftigen Staat erst von arabischen Grundbesitzern erkaufen. Wollten sie es nut-

zen, exklusiv für sich nutzen, so waren ihnen die Fellachen, die auf und von diesem Land lebten, im Wege. Bald mußten die neuen Siedler mit dem Gewehr zur Feldarbeit ausrücken. Herzl hat das vorausgesehen und in Kauf genommen. Schon 1895 hieß es in einem seiner Tagebucheinträge, man müsse die ärmere einheimische Bevölkerung [Palästinas] möglichst unauffällig über die Grenzen schaffen und ihr Rückkehr und Beschäftigung im jüdischen Gemeinwesen verwehren. Jüdische Flüchtlinge – zuerst aus dem zaristischen Rußland und Osteuropa, dann, Jahrzehnte später, Flüchtlinge vor dem Hitlerfaschismus und Überlebende des Holocaust – waren auf der Suche nach einer Zufluchtsstätte. Der Traum der „Zionisten“ unter ihnen war die Gründung eines ethnisch homogenen Nationalstaats auf palästinensischem Grund. Doch der Traum des einen ist der Albtraum des anderen. Der Preis für die Realisierung des Strebens nach territorialer und ökonomischer Exklusivität war der „Transfer“ eines Teils der von den Kolonisatoren im Lande vorgefundenen palästinensischen Bevölkerung. Die in den Rahmen eines nationalen Selbstbehauptungs-Projekts gezwängte Autoemanzipation der seit Jahrhunderten verfolgten europäischen Juden gelang nur durch die Vertreibung Hunderttausender von palästinensischen Flüchtlingen aus ihrem angestammten Territorium (in den Kriegen von 1948 und 1967). Ein Drittel des „Volks ohne Land“ (Herzl) eroberte sich ein nahöstliches Siedlungsgebiet (als Grundlage für einen eigenen Staat) – und stieß im gleichen Zuge ein anderes Teil-Volk in die Land- und Staatenlosigkeit. Kaum war der neue Siedlerstaat proklamiert, versuchten die Armeen der arabischen Anrainerstaaten, ihn auszulöschen. Mit dem Mut der Verzweiflung und besser bewaffnet als ihre Angreifer konnten sich die zionistischen Streitkräfte behaupten. Zugleich trat die kriegerische Landnahme an die Stelle des friedlichen Bodenerwerbs durch Kauf: 400 arabische Dörfer wurden zerstört, an die 800.000 Palästinenser, die am Krieg nicht beteiligt waren, wurden zu Flüchtlingen. Seit 60 Jahren vegetieren sie und ihre Nachkommen staaten- und chancenlos in den arabischen Nachbarstaaten Israels – ein Reservoir billiger Arbeitskraft und des antizionistischen Widerstands, durchgefüttert von internationalen Hilfsorganisationen. In den Jahren 1882 bis 1914 kamen mehrere Zehntausend jüdi-

### **>>Alle Nationen sind „erfundene Nationen“ (Benedict Anderson) [...]. Zur Rechtfertigung ihrer Privilegien brauchen sie Gründungsmythen.<<**

sche Siedler (vor allem aus Osteuropa) nach Palästina; 1930 stellten sie bereits 30 Prozent, 1946 etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung des britischen Mandatsgebiets. Heute liegt der Anteil der arabischen Bevölkerung in Israel etwa bei einem Fünftel (von insgesamt 7 Millionen Menschen), während in den besetzten Gebieten weitere 3,7 Millionen Araber leben. Mit der demographischen Expansion ging die territoriale einher. Sah ein UN-Teilungsplan von 1947 (als etwa 650.000 Juden und

doppelt so viele Araber in Palästina lebten) noch eine Halbierung des Territoriums vor (55 Prozent für den jüdischen Teilstaat), so ging es 2000, bei den Camp-David-Gesprächen (zwischen Arafat und Barak), nur mehr um einen Palästinenser-Staat auf knapp einem Viertel (23 Prozent) des Territoriums. Mit dem seit vier Jahrzehnten besetzten Westjordanland, mit Ostjerusalem und den (syrischen) Golanhöhen kontrolliert Israel heute das gesamte vormalige britische Mandatsgebiet.

### **>>Dieser Teilungsplan scheiterte an den Ansprüchen beider Seiten auf ganz Palästina, also auf einen „reinen“ oder dominanten Juden-beziehungsweise Araberstaat.<<**

#### III

Alle Nationen sind „erfundene Nationen“ (Benedict Anderson), und alle „Alteingesessenen“ waren einmal Nomaden, Flüchtlinge und Immigranten. Zur Rechtfertigung ihrer Privilegien brauchen sie Gründungsmythen: Das Land, das sie bewohnen oder beanspruchen, steht ihnen (und nur ihnen) zu, entweder, weil das von allem Anfang an so war (beziehungsweise: weil sie als erste kamen), oder weil es ihnen vom obersten Grundherren, Gott, zugewiesen wurde, also ein ebenso „heiliges“ wie verheißenes Land ist. Die Judenstaatsgründer und -verteidiger des 20. und 21. Jahrhunderts verstehen sich, in historischer Perspektive, als Restaurateure eines Staatswesens, wie es vor 3.000 Jahren schon einmal bestanden hat, zur Zeit des Königs David. Auf der Gegenseite träumen die islamistisch gesonnenen unter den palästinensischen Nationalisten von der Wiederherstellung eines Palästinas ohne Juden, das es – vor 1.300 Jahren – unter der Herrschaft der Omajjaden auch schon einmal gab ... Die Geschichte des Staates Israel ist eine Geschichte der erfolgreichen Verteidigungskriege gegen die arabischen Nachbarstaaten und einer erfolglosen permanenten Verteidigung gegen den palästinensischen Widerstand.

Der UN-Teilungsplan von 1947 war ein Versuch, den damals bestehenden Status quo zu fixieren, also dem Bestand eines vorwiegend jüdischen Siedlungsgebiets in einem vorwiegend arabischen Umfeld Rechnung zu tragen. Dieser Teilungsplan scheiterte an den Ansprüchen beider Seiten auf ganz Palästina, also auf einen „reinen“ oder dominanten Juden-beziehungsweise Araberstaat. Noch der in den vergangenen Jahren zur Verhinderung von Attentaten errichtete Grenzwall zwischen jüdischen und palästinensischen Gebieten (den die Palästinenser „Apartheid“-Mauer nennen) diene unter anderem dazu, Grenzverschiebungen vorzunehmen und vormalig von Palästinensern genutzte Ländereien dem jüdischen Siedlungsgebiet zuzuschlagen. Die seit dem Krieg von 1967 von allen israelischen Regierungen verfolgte Siedlungspolitik in der besetzten Westbank, die zum Bau von mehr als 200, mit einem eigenen Straßennetz verbundenen Siedlungen geführt hat, in denen heute 250.000 Neusiedler leben, folgt der Logik der fortschreitenden

kolonialistischen Durchdringung des gesamten Territoriums, der Schaffung neuer Siedlungsgebiete auch inmitten der traditionellen palästinensischen. Die Logik der Kolonialisierung hat den vor Jahrzehnten entwickelten Teilungs- und Trennungsprojekten längst den Garaus gemacht, auch wenn viele Gutmeinende das nicht wahrhaben wollen. Mit den den Palästinensern derzeit noch zugestandenen Restgebieten Palästinas läßt sich kein „Staat“ mehr machen. Es handelt sich dabei nur mehr um verstreute Siedlungen (vergleichbar den jüdischen in den ersten Jahrzehnten der Einwanderung), um voneinander isolierte Enklaven, deren größte der Gazastreifen und das Westjordanland sind. Ein Palästinenser-Staat könnte diese ökonomisch nicht lebensfähigen, disparaten Kantone nur bürokratisch verklammern, und sie wären völlig auf die Alimentierung durch die palästinensische Diaspora und die arabischen Staaten angewiesen. Ein Blick auf die Karte des Westjordanlands zeigt heute ein von jüdischen Siedlungen weitgehend durchsetztes Gebiet. Der Expansionsdrang der Kolonisatoren hat sich als stärker erwiesen als ihr Interesse an einem ausschließlich von ihnen besiedelten Territorium. Jede Neuaufteilung Palästinas und seiner Ressourcen – sei sie „gerecht“ oder „ungerecht“ – würde zur Auflösung der trotz allem fortbestehenden (feindlichen) Koexistenz der beiden Bevölkerungsteile und zu ihrer künstlichen Separierung führen, also zu Bevölkerungsverschiebungen in großem Ausmaß. Derartige Teilungsprojekte waren schon 1947 nicht praktikabel und stehen heute in völligem Widerspruch zur demographischen und ökonomischen Realität. Die Zwei-Staaten-Lösung, erdacht, um den einander

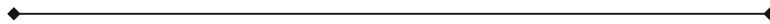
ausschließenden Ambitionen zweier verspäteter Nationen gerecht zu werden, hat längst keine Chance mehr. Schließt man die „Lösung“ eines gewaltsamen Transfers von 5 Millionen Palästinensern nach Jordanien und der Verewigung der palästinensischen Flüchtlingslager in den anderen arabischen Staaten aus, dann bleibt langfristig nur eine Alternative. Sie besteht in der Anerkennung des Status quo – der Koexistenz von Juden und Arabern auf dem Territorium Palästinas. Soll diese Koexistenz zu einer friedlichen werden, bedarf sie eines staatlichen Überbaus in Gestalt einer säkula-

## **>>langfristig nur eine Alternative [...] in der Anerkennung des Status quo – der Koexistenz von Juden und Arabern auf dem Territorium Palästinas<<**

risierten, binationalen parlamentarischen Republik, in der der jüdische und der arabische Bevölkerungsteil gleichberechtigt sind.

Auf dem steinigen Weg dorthin wird noch viel Blut vergossen werden, ehe die Kontrahenten und ihre Schutzmächte lernen, auf exklusive nationale Ansprüche zu verzichten und aus der real existierenden destruktiven eine produktive Koexistenz zu machen. ■

\* [Dieser Text ist datiert vom 17.04.2009. Er wurde unter anderem veröffentlicht in: Helmut Dahmer, *Interventionen*, Münster 2012, S. 172-177.]



### **Impressum:**

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)  
Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](http://www.facebook.com/iso.4.rn)



*Vi.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim*